Nachdem vor Kurzem erst unter großer öffentlicher Anteilnahme ein neuer Bundespräsident gewählt wurde, der in den nächsten Jahren durch einen direkten Nachfahren aus dem Hause Hohenzollern abgelöst werden soll, steht als Nächstes die Reform der Amtsgeschäfte des Bundeskanzlers an. Wie aus ungewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, sollen die Geschäfte dem sogenannten Zeitgeist entsprechend demnächst auf privater Basis geführt werden. Aus dem Kanzleramt war auf Nachfrage zu vernehmen, man verspreche sich von einer solchen Privatisierung der Staatsaufgaben ganz wesentliche Impulse. An Wahlversprechungen sei dann kein einziger Gedanke mehr zu verschwenden; der Kanzler könnte sich voll auf seine Regierungsarbeit konzentrieren, weil er den Bürgern nicht mehr zu erklären brauchte, was er tut. Eine Satire von **Wolfgang Bittner**.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/180213_Der_Privatbundeskanzler_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Weiter geplant ist im Zuge dieser Reform unseres Staatswesens – einschließlich seiner Verwaltung – noch die Privatisierung der Bundestagsmandate sowie der Minister- und Staatssekretärsposten – so war inzwischen aus der Bundeshauptstadt zu hören. Das habe den unbestreitbaren Vorteil, dass durch den Verkauf solcher Ämter, Mandate und Posten, vielleicht auch durch deren Versteigerung, erhebliche Mittel in die leere Staatskasse flössen. Endlich wäre die leidige Diäten-Diskussion vom Tisch.

Außerdem brauchten wir keine Korruptionsskandale mehr zu fürchten, denn private Politiker hätten selbstverständlich das Recht, „Beratungsgelder“ in beliebiger Höhe in Empfang zu nehmen. Was zurzeit illegal und somit eigentlich strafbar ist, könnte mit einem Federstrich legalisiert werden. Kriminalpolizei, Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischer Abschirmdienst und Justiz, die auf diesem Gebiet oft jahrzehntelange Nachforschungen betreiben, wären spürbar entlastet (auch für diese heiklen Gefilde sind übrigens Privatisierungsabsichten im Gespräch).

Aufwendige Bundestagswahlen würden sich erübrigen, sodass die ungeheuren Wahlkampfkosten eingespart werden könnten. War bislang in der Bevölkerung eine deutliche Politikverdrossenheit zu registrieren, hat eine neuere Meinungsumfrage ergeben, dass die „Menschen draußen im Lande“ erwarten, durch die geplanten Reformen von einer unzumutbaren Verantwortung befreit zu werden.

Vor allem die Fernsehzuschauer sind erleichtert, weil die ermüdende politische Berichterstattung in Zukunft entfallen könnte, sodass mehr Raum bliebe für die beliebten Shows, Krimiserien und Sexfilme, was wiederum die Möglichkeit für Werbung erweitert. Nachdem die Sendung „Der Preis ist heiß“, in der bekanntlich Kandidaten die Preise von bestimmten Waren wie Waschmaschinen, Kühlschränken und Staubsaugern erraten mussten, so überaus hohe Einschaltquoten erzielt hatte, wird die Einführung einer neuen Sendung mit dem Titel „Wie hoch ist ihr Preis?“ über Politiker und Spitzenmanager erwogen. Die Verantwortlichen in den Anstalten versprechen sich für eine solche, ein wenig persönlichere Sendung noch erheblich höhere Einschaltquoten, dazu eine grundlegende Erneuerung der politischen Kultur in unserem Lande.

Zu diesem Aufbruch, der unter dem zukunftsweisenden Motto „Wir sind wir!“ stehen soll, wird die geplante Reform der Verwaltung sicherlich flankierend beitragen. Nachdem bereits die Arbeitsämter durch die Umbenennung in Agenturen erheblich effektiver gestaltet wurden, ist nun im Gespräch, sämtliche Ämter – also auch Stadtverwaltungen, Finanzämter und so weiter – nicht nur in Agenturen umzuwandeln, sondern darüber hinaus auch zu verkaufen,. Natürlich werden Polizei und Bundeswehr an diesen Reformen teilhaben, zumal die Weichen in diese Richtung durch Outsourcing ohnehin schon vor Jahren gestellt worden sind.

Unsere amtierende Kanzlerin, stets darauf bedacht, in ihrem Wirken angemessen gewürdigt zu werden, wird allerdings nach ihrer Amtszeit zu ihrem Bedauern und dem ihrer Medienberater nicht als erste Privatbundeskanzlerin in die Geschichte eingehen und auch nicht weiter an der Verwaltungsreform mitwirken können. Für den Ankauf des Kanzlerpostens gibt es nämlich schon zahlreiche solvente Interessenten. Gemunkelt wird, dass sich sowohl die Scientology-Kirche als auch die Russenmafia unter den Bewerbern befinden. Die noch amtierende Bundeskanzlerin soll sich zunächst abwartend zu den Bewerbungen geäußert haben. Als glühende Demokratin – so hieß es – sei sie jedoch nach allen Seiten offen und vorurteilsfrei; sie hoffe, dass Deutschlands unerschrockenes Beispiel in Europa und der Welt Schule machen werde.

*Aus dem Satire-Buch von Wolfgang Bittner „Die Abschaffung der Demokratie“, Westend Verlag 2017.*

*Der Schriftsteller und Jurist Dr.* ***Wolfgang Bittner*** *lebt in Göttingen. Im Juni 2017 erschien von ihm im Westend Verlag eine überarbeitete und um 111 Seiten erweiterte Neuausgabe seines Buches „Die Eroberung Europas durch die USA“.*